

Berlin, im März 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kontinuität ist beruhigend: Wir können doch bereits jetzt feststellen, dass sich unter dem neuen Senator nichts bzw. noch nichts Spürbares geändert hat. Es wäre ja auch zu schön gewesen, wenn die Umsetzung guter Vorsätze bereits in den ersten drei Monaten erfolgt wäre, wie z.B. der Bürokratie-Abbau.

Ansonsten wird weiter gewurschtelt: Lehrer-Casting!!! Angeblich 400 Bewerber weist nach Presseberichten die Bewerberkartei bei der Senatsbildungsverwaltung auf. Von denen haben sich ganze 70 (!!!) auf 65 Stellen beworben. Diese werden am 26.02. im Bezirksamt Tiergarten auf einen Schlag „gecastet“. Wie muss man sich das vorstellen? Ich vermute, so ähnlich wie bei DSDS (Deutschland sucht den Superstar!). Vielleicht lässt man ja in Kürze auch noch die Schülerinnen und Schüler per handy abstimmen, das wäre doch fein.

Und weil sich abzeichnet, dass dem Lehrermangel nicht ausreichend begegnet werden kann, hat man auch schon eine Alternative ins Auge gefasst: Pensionierte Kolleginnen und Kollegen sollen doch bitte wieder reumütig in die Schule zurückkehren, sozusagen als letztes Aufgebot.

Da ist es doch beruhigend, dass Frau Vieth-Entus vom „Tagesspiegel“ bereits die Patentlösung aus der Schublade gezogen hat: Keine Verbeamtungen mehr für Lehrer, dann kann man sich der Unfähigen ganz schnell entledigen und nur noch die hochbegabten, hochmotivierten Lehrerinnen auf die Berliner Schülerschaft loslassen. Schade nur, dass es gerade die letzte Gruppe sein wird, die Berlin als erste den Rücken kehrt, um in einem anderen Bundesland mit einer vollen Stelle und sofortiger Verbeamtung die bayrischen oder niedersächsischen Klassen studien- bzw. ausbildungsfähig zu machen. Das war mal wieder ein Schnellschuss, lieber Tagesspiegel, dem nicht wirklich der nötige Sachverstand zu Grunde lag.

Ihnen allen einen schönen Frühling, bleiben Sie uns gewogen.

Herzlich,

Ihre
Roswita Mätzig-Wurm

Aus dem Inhalt

- Prof. Dr. Zöllner beim SPD-Bildungsforum
- Lehrpersonal an OSZ: Kleine Anfrage der CDU-Fraktion
- Lehrernachwuchs
- aus dem Bundesverband
- Presseinformationen
- Personalien

Zukunft der beruflichen Bildung in Berlin

Am 16.01.2007 referierte Herr Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner im AK Bildung der SPD vor einem voll besetzten Plenum (ca. 150 Teilnehmer) zum o. g. Thema. Nach der Begrüßung durch Herrn Peter Dederer, Moderation, und der Vorstellung des Arbeitskreises durch Herrn Frank Jahnke (MdA) nahm der neue Bildungssenator das Wort. In seinem Kurzreferat beschränkte sich der Senator im Wesentlichen auf allgemeine Bemerkungen:

Die gegenwärtige Situation ist geprägt durch eine generelle Unzufriedenheit und Unsicherheit in den Schulen. Den Lehrkräften muss die Perspektive eröffnet werden, dass es besser wird. Er kann am Anfang seiner Tätigkeit keine Patentrezepte anbieten, sondern will zunächst lernen.

Nach seiner Einschätzung sind die Rahmenbedingungen der Schulen in Berlin grundsätzlich nicht schlecht. Bei den notwendigen Reformen, die durch einen bundesweiten Paradigmenwechsel (hin zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsmanagement) ausgelöst worden sind, hinkt Berlin konzeptionell keineswegs hinterher. Allerdings bereitet die Umsetzung Schwierigkeiten.

Jedenfalls müssen zunächst die Probleme des Unterrichtsausfalls gelöst werden.

Der Senator kündigt die Einrichtung von drei Arbeitsgruppen an:

- Lehrerzuweisung (Schulen brauchen Planungssicherheit)
- Reduzierung der Zahl der Vorschriften und regelnder Schreiben (200 pro Jahr!)
- Verbesserung des Wechselspiels zwischen Schulen und Schulaufsicht

Nach seiner Erfahrung werden die beruflichen Schulen von der Öffentlichkeit kaum beachtet, obwohl sie vielfältige Probleme der allgemein bildenden Schulen (z. B. benachteiligte lern- und leistungsschwache Schüler) auffangen müssen. Die beruflichen Schulen klagen am wenigsten und zeichnen sich durch ein hohes Maß an Flexibilität sowie durch pragmatische, intelligente Lösungen aus. Dabei besteht im Bereich der beruflichen Schulen vergleichsweise großer Reformbedarf (Ausbildungsplatzmangel, Schnittstelle zum Arbeitsmarkt, Strukturwandel der Wirtschaft, neue Berufsbilder).

Herr Karl- Heinz Wolf stellte anschließend in

Kurzform die historischen Wurzeln und das

Konzept der berufsfeldbezogenen Oberstufenzentren vor.

Danach wurden in knappen Statements die wichtigsten Anliegen des Arbeitskreises dargestellt:

- A. Berufsvorbereitung/ Warteschleifen (Vorstellung der Thesen: Frau Ilse Schur)
- B. Ausbildungspolitik/ Vollschnulische Ausbildung/ Studienvorbereitung (Herr Ronald Rahmig)
- C. Personal (Herr Fred Michelau)
- D. Sachmittel und Gebäudebewirtschaftung (Herr Artur Neitsch)
- E. Verwaltung/ Schulaufsicht (Herr Peter Mibus)

Repräsentativ seien hier nur die Thesen zum Thema Personal genannt:

- Sinnvolle Reformen können an der Arbeitsüberlastung der Betroffenen und der überbordenden Bürokratie scheitern
- 26 Pflichtstunden sind zu viel
- Die Sicherung des Lehrernachwuchses ist eine vordringliche Aufgabe
- Die Wiederverbeamtung der Lehrkräfte ist zu prüfen
- Sozialpädagogische Betreuung ist im berufsvorbereitenden Bereich notwendig.

Wichtige Ergebnisse der Diskussion:

- Auf der Anbieterseite der Berufsvorbereitung bedarf es einer besseren Koordination. Vermieden werden soll die Doppelvermittlung von Ausbildungsinhalten und der Vergeudung öffentlicher Mittel.
- Der Senator wird sich verstärkt für die Anrechnung von Teilqualifikationen und die Zulassung von Absolventen gleichwertiger schulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung einsetzen.
- Er steht dem weiteren Ausbau der studienbezogenen Bildungsgänge, insbesondere dem Ausbau der beruf-

lichen Gymnasien (Vorbild Baden-Württemberg) aufgeschlossen gegenüber. Die Durchlässigkeit aus dem Bereich der beruflichen Bildung in den Hochschulbereich muss verbessert werden.

- Der Europäische Qualifikationsrahmen sollte in Berlin vorausschauend stärker und besser koordiniert ins Blickfeld genommen werden. Dabei sollte eine Modularisierung nicht grundsätzlich abgelehnt werden, sofern das Berufskonzept erhalten bleibt.
- Der Senator unterstützt den Ausbau der Weiterbildung an beruflichen Schulen. Für berufliche Schulen als gleichwertige Anbieter von Weiterbildungsmaßnahmen stellt sich allerdings die Frage der Refinanzierung der Kosten durch die Nutzer.
- Das Image des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit muss verbessert werden. Lehrkräfte müssen vor allem eine positive Einstellung zu ihrem Beruf haben („Jammern hilft nicht!“). Gute Leistungen der Schule sollten nach außen kommuniziert werden.
- Der Senator wird sich um den Bereich des sonstigen, die Lehrkräfte unterstützenden Personals, kümmern.

- Er wird sich bei den Haushaltsberatungen nach besten Kräften für den Schulbereich einsetzen.
- Eine Umstrukturierung der Bildungsverwaltung steht nicht auf der Tagesordnung. Gewachsene Strukturen haben ihre Historie und sollten nicht ad hoc in Frage gestellt werden.
- Die Sicherung des Lehrernachwuchses wird übereinstimmend als zentrales Anliegen gesehen. Als besonderes Problem wird in diesem Zusammenhang die unerträgliche Tatsache angesprochen, dass seit Jahren zahlreiche hochqualifizierte Lehrkräfte nach ihrer Ausbildung aufgrund der Wettbewerbsnachteile Berlins (keine Verbeamtung, 2/3-Stellen, schlechtere Bezahlung, hohe Pflichtstundenzahl) in die alten Bundesländer abwandern.

Mein persönliches Fazit:

Der neue Senator vermittelt überzeugend den Eindruck ausgeprägter Fach- und Sozialkompetenz sowie Zuverlässigkeit. Er verbindet Realitätssinn mit der Neigung zu pragmatischen Lösungen. Insgesamt lässt das hoffen!

U. Richter

Sehr geehrter Herr Senator,

im Namen des Vorstandes des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Berlin, möchte ich Sie als Verantwortlichen für das Bildungswesen herzlich willkommen heißen.

Wir wissen es zu würdigen, dass Sie die Verantwortung für das Schulwesen im Land Berlin übernommen haben und verbinden damit große Hoffnungen. Neben der Überzeugung, dass Sie es vermögen werden, Impulse zu setzen und im Senat von Berlin Aufgeschlossenheit für die Belange der Berliner Schulen zu sichern, wünschen wir uns eine stärkere Fokussierung auf das berufliche Schulwesen. Immerhin nahezu 90 % aller Schülerinnen und Schüler durchlaufen im Verlauf ihrer Aus- und Weiterbildung einen der von beruflichen Schulen angebotenen Bildungsgänge, dennoch müssen wir leider konstatieren, dass die Belange unserer Klientel im Senat von Berlin bisher nicht ausreichend Berücksichtigung fand.

Der vLw Berlin sieht sich in der Pflicht, für die Fortentwicklung der Oberstufenzentren und der dort angesiedelten Bildungsgänge sowie der Sicherung eines gut ausgebildeten Lehrernachwuchses Sorge zu tragen und wird die Arbeit Ihrer Verwaltung konstruktiv-kritisch begleiten.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Mätzig-Wurm

1. Vorsitzende

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (vLw), Landesverband Berlin

Lehrpersonal an OSZ: Kleine Anfrage der CDU-Fraktion

In den vergangenen Jahren immer wieder eine zentrale Forderung des VLW, haben sich nun auch die politischen Parteien dem Thema „Bedarfsgerechte Lehrereinstellungen“ angenommen. So beispielsweise die CDU-Fraktion mit folgender Anfrage

zum Thema

Sicherung des Lehrernachwuchses für die berufsbildenden Schulen in Berlin

(die Antwort der Bildungsverwaltung war bei Drucklegung noch nicht eingegangen).

1. Wie hoch ist das gegenwärtige Durchschnittsalter der Lehrkräfte?
2. Wie hoch ist die gegenwärtige Personalausstattung an den einzelnen Oberstufenzentren (ohne Dauerranke) und der angestrebte durchschnittliche Personalausstattungsstand (%)?
3. Welches Personalplanungskonzept verfolgt der Senat zur kurz-, mittel- und langfristigen Deckung des Lehrerberarfs?
4. Wie viele Bewerber – gegliedert nach Laufbahnberatern, Seiten- und Quereinsteigern – wollten in den einzelnen Jahren 2001 bis 2006 in den Schuldienst eintreten?
5. Wie viele Bewerber sind in diesem Zeitraum in den einzelnen Jahren abgelehnt worden?
6. Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche hochwertig ausgebildete Lehrkräfte aufgrund der Wettbewerbsnachteile Berlins (keine Verbeamtung, 2/3 Stellen, hohe Stundenverpflichtung) in die alten Bundesländer abgewandert sind?
7. Mit welchen Maßnahmen will der Senat diese negative Entwicklung stoppen?
8. Wann beabsichtigt der Senat die Verbeamtung von Lehrkräften wieder einzuführen?
9. Wie viele Lehrkräfte befinden sich gegenwärtig im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst und wie beurteilt der Senat diese neue Ausbildungsform?

Schulpraktische Ausbildung in den Studienseminaren in Berlin

(Referendarausbildung)

Zur Zeit werden 72 Studienreferendare in zwei Schulpraktischen Seminaren in Berlin ausgebildet.

1. 8. Schulpraktisches Seminar in Friedrichshain-Kreuzberg (S)

Leitung: OStD Manfred Windhausen mit insgesamt neun Fachseminaren
2. 4. Schulpraktisches Seminar in Steglitz-Zehlendorf (S)

Leitung: OStD Michael Pospiech mit insgesamt acht Fachseminaren

Im Februar 2007 wurden 18 Studienreferendare vereidigt, sie hatten entweder die erste Staatsprüfung oder das Dipl.-Handelslehrer – Examen.

Im wesentlichen sind es Absolventen der Humboldt-Universität zu Berlin, die ihre 24-monatige Ausbildungszeit jetzt beginnen.

Zur Zeit gilt noch die „Alte Ausbildungsordnung“ mit laufenden Änderungen marginalen Charakters.

Eine „Neue Lehrerausbildungsordnung“, die in ihren Entwürfen bereits für viel Unruhe gesorgt hat, ist zunächst vom Tisch. Sie soll in den entsprechenden Gremien weiter diskutiert werden. Man erwartet sie mit Änderungsmöglichkeiten nicht vor 2009.

Nach wie vor gibt es zwei Vereidigungstermine im Jahr: Februar 2007 und August 2007 mit weit vorher festgelegten Anmeldeterminen.

aus dem Bundesverband

Modularisierung bleibt strittig

Bundesbildungsministerin Schavan will ein Bausteinkonzept für die Einbeziehung von Qualifikationen aus dem „Übergangssystem“ in Ausbildung erproben. Das Konzept, diese Bausteine im Einzelhandel zu erproben, ist in der letzten Sitzung des Innovationskreises der Ministerin nicht verabredet worden.

KMK und Wirtschaft stellen Konzept zur Ausbildungsreife vor

Prof. Zöllner, der neue KMK-Präsident, und BDA-Geschäftsführer Clever hoben hervor, dass es beim Thema Ausbildungsreife nicht um gegenseitige Schuldzuweisungen gehe, sondern um gemeinsame Anstrengungen.

Clever betonte, dass für die Schule schon die Ausgangsvoraussetzung schlecht sei, weil 1/3 der Schülerinnen und Schüler bei Schuleintritt Deutsch als Sprache nicht beherrschten. 10 % erreichten keinen Abschluss, 20 % seien nicht ausbildungsreif. Wenn man sehe, dass 15 % keinen Ausbildungsplatz erhielten, 37 % der Migranten: wenn man das auf die Zeitachse einer Generation rechne, sehe man den sozialen Sprengstoff, der daraus erwachse.

Wir müssten über Bildungsstandards reden, hier werde die KMK ihrem Auftrag gerecht. Das Thema Bildungsstandards geht einher mit dem Gedanken, in das Bildungssystem Transparenz und Messbarkeit zu bringen. Ziel ist es, Ausbildungsreife herzustellen. Die Kriterien seien nun gut und operationalisierbar definiert. Dies sei noch nicht die Berufseignung und nicht die Vermittelbarkeit, die drei Bereiche müssten getrennt werden.

Beim Herstellen der Ausbildungsreife sei die Schule auf außerschulische Partner angewiesen, dabei seien die Arbeitgeber auch selbstverständlich gefragt. Er verwies auf die funktionierenden Arbeitskreise „Schule – Wirtschaft“, die bis heute die Garantie übernommen hätten, für jede Schule, die es wolle, einen Betrieb oder mehrere Betriebe als Partner zu gewinnen. Clever betonte mehrfach, der BDA gehe es nicht nur um die Verwertbarkeit im Betrieb, sondern auch Erziehung sei für die BDA wichtig.

Allerdings betonte er auch, es sei der Ernstfall am Arbeitsplatz, der die Motivation zum Lernen und erfolgreiches Lernen bringe. Es gebe genug Schüler, die bekämen „einen Föhn, wenn sie eine Schultafel sähen“, zitierte Clever Minister Müntefering. Das Lernen im Betrieb sei auch für Hauptschüler wichtig, dort könnten sie sehen, wie sinnvoll z. B. Flächenberechnung sei. Das führe zu einem ganz anderen Lernen.

Es gibt eine CD, auf der die Informationen zur Ausbildungsreife zusammengestellt seien, sie ist allen Sekundarstufen-I-Schulen zugewandt, siehe auch www.ausbildungspakt-berufsorientierung.de.

Die Bundesagentur für Arbeit finanziert vierwöchige Projekte zur Berufsorientierung in den Schulferien bei allgemein bildenden Schulen. Ein Träger muss die Steuerung übernehmen und für einen Finanzierungsanteil von 50 % sorgen. Ein Betrieb muss einbezogen sein. 100 Mio. € stellt die BA zur Verfügung. Die BA geht davon aus, dass die Mittel nicht alle abgerufen werden. Im Rahmen von ausgewählten Modellprojekten wird auch die Berufswahlförderung unterstützt, die in den Klassen 9 und 10 laufen sollen. Es gibt Bildungsbegleitung und sozialpädagogische Betreuung in einer begrenzten Zahl von Modellprojekten, sowie eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation. Es muss eine Kofinanzierung durch Dritte (Land) erfolgen. Ansprechpartner sind die Agenturen für Arbeit vor Ort bzw. die Regionalagenturen.

Nähere Informationen unter:

www.kmk.org/doc/publ/fachtagung070115.htm

Hamburger Überlegungen zur Schulstruktur

Der Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg, Kollege Schuback, berichtet, dass die Einrichtung von Stadtteilschulen geplant ist. Diese Schulen vereinen Haupt- und Realschulen und berufliche Gymnasien. Die Senatorin erklärt, dass Sie für die Änderungen den Konsens mit allen Parteien sucht. Für das System der beruflichen Schulen bedeutet dieser Ansatz eine klare Zerschlagung: die Teilzeitberufsschule wird als Sonderbereich geführt, bei dem die Kammer sagt, wo es lang geht. Die allgemein bildenden Schulen saugen die Vollzeitschulformen auf. Zur Recht zeigen sich die Hamburger Kollegen über diese Entwicklung sehr besorgt.

Zu den Hamburger Überlegungen sind in der aktuellen ZEIT zwei Artikel erschienen, die sich lobend mit den Plänen der Senatorin auseinandersetzen. Für den Verband besteht hier hoher Diskussionsbedarf.

Neue Berufe, neue Fortbildungsordnungen

Zur Zeit werden für 15 Ausbildungsberufe Ausbildungsordnungen vorbereitet. Davon sind für die Wirtschaftsschulen von Interesse

- Automatenberufe (Berufe für die Hersteller von Spiel- und anderen Automaten), neue Berufe
- Bestattungsfachkraft (Neuordnung)

- Fachangestellte/r für Tanzschulen, neuer Beruf
- Medienberater/in für Visuelle Kommunikation, neuer Beruf
- Personaldienstleistungskaufmann/ -kauffrau, neuer Beruf
- Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau, Neuordnung

Im Fortbildungsbereich werden Fortbildungsordnungen in folgenden Bereichen erarbeitet:

- Geprüfter Immobilienfachwirt/in,
- Fachwirt/in für Messe-, Tagungs- und Kongresswirtschaft,
- Geprüfte/r Versicherungsfachwirt/in.

VLW äußert sich zu Überlegungen zur Neustrukturierung der dualen Ausbildung

BDA und DIHK haben Konzepte zur Neustrukturierung der dualen Berufsausbildung vorgelegt. In dieser Diskussion hat sich auch der VLW zu Wort gemeldet: Der Kollege Helmut Hahn hat folgende Mitteilung versandt:

Berufsschule im Blick behalten

Angesichts der aktuellen Überlegungen, das System der dualen Ausbildung zu verändern, weist der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) auf die besondere Bedeutung der Berufsschule in diesem System hin.

Wie der VLW-Bundesvorsitzende Dr. Wolfgang Kehl betont, ist die Berufsschule nicht nur Lernort-Partner der Wirtschaft bei der Vermittlung betriebsorientierter Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern erfüllt darüber hinaus einen umfassenderen Qualifizierungs- sowie den in den Schulgesetzen des Bundesländer festgelegten Erziehungs- und Bildungsauftrag.

Eine wichtige Aufgabe der Berufsschule sei die Vermittlung berufsbezogener und systemischer Basisqualifikationen. Damit werde die Grundlage für berufliche Flexibilität und Mobilität der jungen Menschen gelegt. „Die Berufsschule ist die entscheidende Bildungsinstitution, die nachdrücklich dafür sorgt, dass Ausbildung weiter geht als in einen engen, durch Zerstückelung entstandenen Beruf; sie erfüllt damit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe,“ so der VLW-Vorsitzende.

Darüber hinaus fördere Berufsschule die Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler durch Fortentwicklung ihrer Fach-, Personal- und Sozialkompetenzen, auch durch Wertevermittlung in den berufsübergreifenden Fächern wie Deutsch, Sozialkunde bzw. Politik, Fremdsprache, Religionsunterricht, Sport. „Bildung ohne Werte ist

wertlos; dies muss sich auch in der beruflichen Bildung wiederfinden“.

„Von besonderer Bedeutung,“ so Wolfgang Kehl, „ist eine neue Aufgabe, der sich die Berufsschule stellen muss, nämlich die Bildungs-Navigation im Prozess des lebenslangen Lernens. Hierbei geht es um eine kontinuierliche Steuerung und Begleitung der Bildungsbiografie von Schülerinnen und Schülern, angefangen von der Berufsvorbereitung über die Aus- und Weiterbildung bis hin zur Verzahnung mit den Hochschulen.“ Die Wahrnehmung dieser Aufgabe sei in Anbetracht der gegenwärtigen Vielfalt von Bildungsangeboten und Lerntechniken – man denke nur an E-Learning – unverzichtbar und könne in besonderer Weise von den Lehrerinnen und Lehrern der Berufsschule geleistet werden.

Angesichts dieser wichtigen Aufgaben müsse die Berufsschule auch in einem reformierten dualen Berufsbildungssystem einen klaren Platz und gesicherte Zeitanteile haben. „Ausbildungsqualität kann nur zusammen mit der Berufsschule, nicht ohne oder womöglich gegen sie erreicht werden,“ so Wolfgang Kehl. „Nur mit einem klaren Konzept, das den Bildungsauftrag der Berufsschule sichert, kann es Verbesserungen geben. Es zeugt von Ignoranz, wenn die Ausbildung allein von der betrieblichen Seite her gedacht wird. Ausbildung muss auch die Fähigkeiten der jungen Menschen für Tätigkeiten in anderen Betrieben und in anderen Berufen eines Berufsfelds ermöglichen. Sonst würden wir den jungen Menschen und der Gesellschaft Lasten auf, die beide nicht tragen können.“

EU zur Weiterentwicklung der Berufsbildung

In einem Bericht an den Rat hebt die Europäische Kommission hervor, dass Berufsbildung einen großen gesellschaftlichen und kulturellen Nutzen hat, da die Lernenden auch angeleitet werden, sich in der Gesellschaft zu engagieren, und da sie dazu beiträgt, dass Erwachsene wieder in den Lernzyklus zurückfinden. Aus Gerechtigkeitsgründen müssten Arbeitslose und diejenigen, die während der Pflichtschulzeit nicht den angestrebten Bildungsstand erreichen konnten, Zugang zu öffentlich finanzierten Erwachsenenbildungsprogrammen erhalten. Diese Programme müssten anders als bisher Partnerschaften zwischen Unternehmen, dem öffentlichen Sektor, den Sozialpartnern und Organisationen des Dritten Sektors umfassen, sie müssten sich an klar abgegrenzte Zielgruppen richten und genau auf die Qualifikationsbedürfnisse der Arbeitgeber ausgerichtet sein. Die Relevanz für die Berufsbildung müsse durch „training on the job“ ausgeweitet werden. Private Investitionen könnten durch die staatliche Unterstützung von branchen- und sektorspezifischen Berufsbildungsprogrammen mobilisiert werden.

Presseinformationen des VLW Berlin

Zum Thema:

Einrichtung neuer Arbeitsgruppen – Oberstufenzentren noch unterrepräsentiert

Bildungssenator Jürgen Zöllner hat jetzt endlich seine Ankündigung umgesetzt, mit sehr kompetent besetzten Arbeitsgruppen drei große Problembereiche des Berliner Schulwesens anzugehen.

Es handelt sich um die Gruppen

- Abbau von Bürokratie in der Schule
- Qualitätsmanagement in der Schulaufsicht
- Verbesserung der Lehrkräfteplanung und Zuteilung von Lehrkräften.

Die Projektgruppen bestehen jeweils aus acht kompetenten Fachleuten:

drei Schulpraktiker, ein Repräsentant der Elternschaft, zwei Beamte der Bildungsverwaltung, zwei Externe.

Die Externen kommen zum Teil aus anderen Bundesländern, aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und aus Rheinland-Pfalz.

Ein Externer kommt aus der Senatsverwaltung für Finanzen.

Die einzelnen Gruppen sollen selbständig Verbesserungsvorschläge erarbeiten und bis zum Sommer 2007 an die Bildungsverwaltung einreichen.

Der Vorstand der VLW, Landesverband Berlin, muss leider zur Kenntnis nehmen, dass das berufsbildende Schulwesen

nur mit einem Vertreter in einer Arbeitsgruppe benannt worden ist. So ist der Schulleiter Bernd Romann, Oberstufenzentrum Banken und Versicherungen, in die Projektgruppe: Optimierung des Lehrereinsatzes berufen worden.

Der VLW fordert den Bildungssenator auf, bei Nachberufungen das berufsbildende Schulwesen stärker zu berücksichtigen.

Zum Thema:

Einstellungspolitik des Berliner Bildungssenators

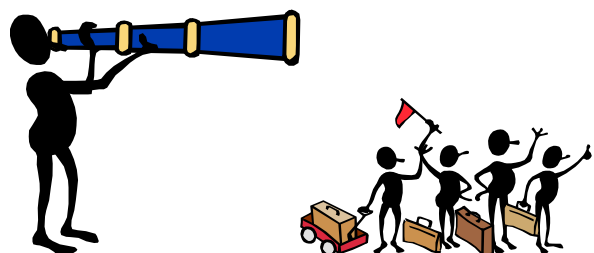
Der Lehrermangel an Berliner Schulen und die Abwanderung junger Pädagogen in andere Bundesländer sorgen jetzt auch politisch für Bewegung.

Die Bildungsexperten der Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus forderten den Bildungssenator Zöllner auf, endlich bildungspolitische Entscheidungen zu treffen und nicht alles vor sich hinzuschieben – wie es in der alten Legislaturperiode üblich war.

Die CDU und die Grünen forderten Zöllner auf, den Nachtragshaushalt für sofortige Einstellungen zu nutzen und die Zahl der Lehramtsstudienplätze zu erhöhen.

Die Haushaltsexperten der SPD plädieren jetzt endlich auch dafür, junge Lehrer künftig von Anfang an mit einer vollen Stelle einzustellen und nicht wie bisher mit einem 2/3 Vertrag für die ersten zwei Jahre.

Der Vorstand des VLW, Landesverband Berlin, begrüßt diese neue Entwicklung und fordert der Bildungssenator auf, zu prüfen, ob Nachwuchslehrer nicht sofort wieder verbeamtet werden und Lehrer mit Mangelfächern mit Zulagen gelockt werden können. Der VLW, Landesverband Berlin, fordert aber auch neue Lehrerstellen frühzeitig auszuschreiben, damit Abwanderungen in andere Bundesländer verhindert werden.



Runde Geburtstage unserer Mitglieder 2007

70 Jahre

Herr Klaus Senst 23.01.

Herr Dieter Suckel 19.02.

75 Jahre

Herr Eberhard Goldbach 26.02.

Der Vorstand gratuliert den Jubilaren von ganzem Herzen und wünscht Ihnen allen ein zufriedenes neues Lebensjahr bei guter Gesundheit!

Unsere Mitglieder, die Schulaufsichtsbeamten ...

Bernd Dobrinski und Detlef Hübener haben sich verabschiedet, um den passiven Teil ihrer Altersteilzeit zu genießen. Wir sagen Danke für viele Jahre, die Sie uns als Mitglieder die Treue gehalten haben, aber auch für die vielen Jahre, in denen Sie die von Ihnen betreuten Schulen unterstützt, neue Ideen oder Bildungsgänge mit getragen und die Kolleginnen und Kollegen vor allzu viel Unbill aus dem Hause BJS bewahrt haben. Danke für Gespräche und gemeinsames Lachen und jetzt: Auf in den Ruhestand und noch viele schöne Jahre. Das wünscht Ihnen von Herzen der Vorstand des vLw Berlin.

... und noch ein Abschied:

Anfang März verabschiedet sich auch Herr Gerd Karnasch, Abteilungsleiter am OSZ Banken und Versicherungen, in den passiven Teil der Altersteilzeit. Vielen unserer Mitglieder wird Gerd Karnasch noch aus seiner aktiven Zeit im Vorstand des vLw bekannt sein. Unter seiner Ägide war der Stammtisch der Studenten und Referendare stets gut besucht; Über Jahrzehnte hat sich Gerd Karnasch für den vLw und die Belange des beruflichen Schulwesens eingesetzt! Danke, Gerd Karnasch. Der Vorstand des vLw freut sich daher besonders, dass Du auch im Un-Ruhestand weiter bei uns mitwirken wirst.

Kontakt:

Für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern stehen - wie bisher - folgende email-Adressen zur Verfügung:

maetzig-wurm@vlw-berlin.de

(Vorstand)

schatzmeister@vlw-berlin.de

(für Änderungen von Adresse / Bankverbindung)

heyer@vlw-berlin.de

(für Fragen an unsere Personalratsmitglieder)

weitere Vorstandsmitglieder und mit uns zusammenarbeitende Mitglieder:

<nachname>@vlw-berlin.de, z. B. juchem, lang, gehrmann, jaeger, kuehn, stapelfeld

Impressum:

V.i.S.d.P. Roswita Mätzig-Wurm, 1. Vorsitzende des vLw Berlin,
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Landesverband Berlin e.V.,
Geschäftsstelle: Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Fax: (03328) 30 21 31
Redaktion: Helmut Jäger, jaeger@vlw-berlin.de